

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.714.673

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)12561/J-NR/2022

Wien, am 2. Dezember 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Hermann Brückl, MA und weitere haben am 04.10.2022 unter der **Nr. 12561/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Stillstehende Ziegelwerke ab Herbst** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 und 10

- *Sind Sie sich des bevorstehenden, massenhaften Stillstands von Industriebetrieben in Oberösterreich ab der Heizperiode 2022/2023 bewusst?*
 - *Wenn ja, welche Maßnahmen setzen Sie, um dem entgegenzusteuern?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Haben Sie Hilfskonzepte zur Unterstützung der Energieversorgung von Betrieben in Oberösterreich, insbesondere Ziegelwerken, erstellt?*
 - *Welche sind das?*
- *Welche konkreten Erleichterungen, Preisnachlässe auf Energie etc. sind grundsätzlich für die österreichische Industrie vorgesehen?*
- *Wann ist mit welchen konkreten Maßnahmen und Hilfestellung in diesem Zusammenhang von Seiten Ihres Ministeriums zu rechnen?*

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht weist der oberösterreichische Arbeitsmarkt derzeit eine sehr niedrige Arbeitslosenquote auf; der Bestand an Arbeitslosen in der Warenherstellung geht überdurchschnittlich stark zurück. Fachkräfte in der Warenherstellung werden dringend gesucht. Auch die Zahl der seit Juli 2022 eingebrachten Anträge auf Kurzarbeitsbeihilfe sind in Oberösterreich im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Jahren sehr niedrig. Im Sinne der gesetzlichen und budgetären Vorgaben werden die Mittel in diesem Bereich zielgerichtet und effizient zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit beim Auftreten vorübergehender wirtschaftlicher Schwierigkeiten eingesetzt. Seit Juli 2022 musste daher bislang insgesamt nur sechs Unternehmen eine Kurzarbeitsbeihilfe gewährt werden.

Seit Juli 2022 ist beim AMS Oberösterreich bisher auch nur ein einziger Antrag eines Ziegelwerks auf Kurzarbeitsbeihilfe eingegangen. Dieser wurde, nach dem richtlinienkonform durchgeführten verpflichtenden Beratungsgespräch mit Sozialpartnern und regionalem AMS, von der Landesgeschäftsstelle abgelehnt. Der regionale Arbeitsmarkt ist in der Lage, den von einer allfälligen Kündigung betroffenen Personen gleichwertige Stellen anzubieten, weshalb keine arbeitsmarktpolitische Notwendigkeit für Kurzarbeit vorliegt. Eine aktive Unterstützung des Betriebs durch die regional zuständige Geschäftsstelle wurde vereinbart.

Die Energiekrise stellt weite Teile der österreichischen Wirtschaft vor große Herausforderungen. Unternehmen im exponierten Sektor, die im internationalen Wettbewerb stehen, können Kostenanstiege nicht auf Preise überwälzen. Die österreichische Bundesregierung hat sich daher auf einen Energiekostenzuschuss verständigt, der insbesondere energieintensive Unternehmen, wie beispielsweise Ziegelwerke, adressiert, und eine Liquiditätshilfe darstellt. Auf Basis des Unternehmens-Energiekostenzuschussgesetzes (UEZG) und des Befristeten EU-Krisenrahmens, der für die entsprechenden EU-beihilferechtlichen Grundlagen sorgt und vier Förderstufen vorsieht, können nach einer Phase der Vorregistrierung bis 28. November, ab 29. November 2022 Anträge gestellt werden. Je nach Förderstufe und Betroffenheit beträgt der Energiekostenzuschuss bis zu € 400.000 in Stufe 1 und € 2 Mio. in Stufe 2. In den Stufen 3 und 4 kann die Zuschusshöhe unter bestimmten Voraussetzungen bis zu € 25 und € 50 Mio. betragen.

Zu den Fragen 4 und 5

- *Sind Sie sich der Bedeutung dieser Werke bewusst und wissen Sie um die Sicherstellung von Arbeitsplätzen durch die weitere leistbare Energieversorgung Bescheid?*
 - *Wenn ja, was unternehmen Sie, um das sicherzustellen?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Ist ein Kurzarbeitsmodell vorgesehen, um Arbeitsplätze sicherzustellen?*

Als Arbeits- und Wirtschaftsminister ist mir die Bedeutung von Schlüsselindustrien selbstverständlich bewusst. Auf die aktuelle Krisenentwicklung hat die Bundesregierung mit dem Energiekostenzuschuss für energiekostenintensive Unternehmen rasch und umfassend reagiert. Der Energiekostenzuschuss bringt Unternehmen notwendige Unterstützung wegen der steigenden Energiekosten und trägt somit auch dazu bei, Arbeitsplätze abzusichern. Die weiterhin in Form eines Übergangsmodells konzipierte Kurzarbeitsbeihilfe ist von ihrer gesetzlichen Definition dagegen direkt auf die Vermeidung von Arbeitslosigkeit im Fall vorübergehender wirtschaftlicher Schwierigkeiten ausgerichtet. Im Rahmen entsprechender Zielvorgaben wurde das AMS auch um eine ausschließlich arbeitsmarktpolitisch orientierte Förderumsetzung und die Vermeidung unerwünschter Doppelförderungen ersucht. Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt werden derzeit aber jedenfalls mit besonders großer Aufmerksamkeit beobachtet; dank der flexiblen Strukturen der österreichischen Arbeitsmarktpolitik können die Kriseninstrumente des AMS auch jederzeit an neue Herausforderungen angepasst werden.

Zu den Fragen 6 und 7

- *Haben Sie mit dem Sozialminister Gespräche geführt, welche die Energieversorgung, die Aufrechterhaltung der Betriebe und der Anstellungsverhältnisse etc. zum Inhalt hatten?*
 - *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Haben Sie mit der Klimaschutzministerin Gespräche geführt, welche die Energieversorgung, die Aufrechterhaltung der Betriebe und der Anstellungsverhältnisse etc. zum Inhalt hatten?*
 - *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Als Arbeits- und Wirtschaftsminister bin ich laufend in die Gespräche und Beratungen der Bundesregierung betreffend Energieversorgung und Arbeitsmarkt eingebunden.

Zu den Fragen 8 und 9

- *Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie, um die Energieversorgung für die Industrie, insbesondere in Oberösterreich, sicherzustellen?*
- *Welche konkreten Maßnahmen werden Sie hinkünftig ergreifen, um die Energieversorgung für die Industrie, insbesondere in Oberösterreich, sicherzustellen?*

Dazu ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 12546/J durch die Frau Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zu verweisen.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

